

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 108  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 5. Mai 1937.

## Der österreichische Städtetag.

Heute vormittag trat im Sitzungssaale der Wiener Bürgerschaft unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Richard Schmitz der Oesterreichische Städtetag zusammen. Hiezu waren erschienen die Bundesminister Dr. Glaise-Horstenau und Dr. Neumayer, in Vertretung des Staatssekretärs Zernatto Ministerialrat Dr. Hantschk, Magistratsdirektor Dr. Hiessmanneder, die Landesfinanzreferenten Landesstatthalter Ing. Ehrlich (Kärnten) und Dr. Lorenzoni (Ob. Oe.), Oberregierungsrat Dr. Wimmer von der niederösterreichischen und Hofrat Dr. Sommer von der oberösterreichischen Landesregierung, in Vertretung des Bundeskanzleramtes Sektionschef Ruber mit den Ministerialräten Dr. Mokry und Kramer, Obersenatsrat Präsidialvorstand Jiresch und der städtische Finanzreferent Senatsrat Dr. Leppa, Ministerialrat Dr. Weinzierl vom Finanzministerium und Ministerialrat Blascheck vom Rechnungshof.

Bürgermeister Richard Schmitz eröffnete die Tagung und hob in seiner Begrüßungsansprache hervor, dass die Teilnahme von Mitgliedern der Bundesregierung an dem Städtetag ein sichtbarer Ausdruck dafür sei, dass die Aufgaben, die Verantwortlichkeiten und die Sorgen der österreichischen Städte und Grossgemeinden von der Regierung beachtet und verstanden werden.

Die Selbstverwaltung der österreichischen Städte und Gemeinden ist durch die Verfassung 1934 neuerlich verankert worden. Wir sehen darin die Verwirklichung christlichen Gesellschaftsdenkens, das nach den Grundsätzen der "Quadragesimo anno" einen organischen Staatsaufbau will, ausgehend von der kleinsten örtlichen Gemeinschaft der Gemeinde als verantwortlichem Träger der öffentlichen Verwaltung. Die Tradition der lokalen Selbstverwaltung ist in Oesterreich immer hoch gehalten worden und wir Vertreter der grossen kommunalen Verwaltungen werden diese Tradition immer wahren und an die kommende Generation weitergeben.

Die Zeit ist vorüber, in der die Vertretungen der grossen Stadtverwaltungen entweder im Sinne des liberalen Denkens einfach die Rechte der juristischen Person gegen die der aussenjuristischen Person geltend gemacht hatten, die Zeit ist auch vorüber, in der die Stadtverwaltungen als Parteifestungen dieser oder jener Richtung gegolten haben. Erfreulicherweise sind heute alle Städte und Grossgemeinden Oesterreichs von der Ueberzeugung durchdrungen, dass nicht in einem Kampf aller gegen alle, sondern nur in der Zusammenarbeit aller für alle die bessere Zukunft unseres Vaterlandes herbeizuführen ist. In diesem Sinne erfüllen wir unsere Pflichten, in diesem Sinne bitten wir die hohe Bundesregierung, auch unsere Sorgen und Wünsche verstehen zu wollen. Die Vertreter der Städte und Grossgemeinden Oesterreichs, die im Städtebund zusammengefasst sind, versichern den Herrn Bürgerkanzler und die Bundesregierung ihrer unwandelbaren Treue und unerschütterlichen Gefolgschaft. (Lebhafter Beifall).

Bundesminister Dr. Glaise-Horstenau überbrachte die Grüsse der Bundesregierung und hob insbesondere hervor, dass bei etwa bevorstehenden Gesetzesarbeiten, wie vielleicht z. B. des Armenrechtes, die österreichischen Selbstverwaltungskörper zur Beratung rechtzeitig herangezogen werden. Zahlreiche Anzeichen sprechen heute dafür, dass bereits ein gewisser wirtschaftlicher Aufstieg in Oesterreich festzustellen ist. Es ist der Wunsch der Bundesregierung, dass auch die österreichischen Städte und Gemeinden daraus einen befriedigenden Nutzen ziehen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

Im weiteren Verlaufe meiner Ansprache erinnerte Bundesminister Dr. Glaise-Horstenau an den Schöpfer der Autonomie der Gemeindeverwaltungen, Graf Stadion, dessen Wirksamkeit sich auch in den heutigen Formen der Selbstverwaltungskörper deutlich verfolgen lässt. Wenn auch die Zeit Stadions vielfach als eine Zeit der Reaktion angesehen wird, so muss doch festgestellt werden, dass diese Zeit gerade auf dem Gebiet der Verwaltung eine Zeit grundlegender Arbeit und eines grossen Fortschrittes gewesen ist, die einen entscheidenden Anteil daran gehabt hat, dass sich die grosse Katastrophe des Jahres 1918 mit dem Zerfall unseres alten Vaterlandes in mehrere neue Staaten fast reibungslos und unblutig vollzogen hat.

In anerkennenden Worten stellte der Bundesminister fest, dass der Hausherr der Tagung, Bürgermeister Richard Schmitz, mit den ganz wunderbaren Leistungen der Stadtverwaltung an die grosse Tradition des Volksbürgermeisters und christlichen und deutschen Mannes Dr. Lueger angeknüpft hat. Mit Bürgermeister Richard Schmitz ist im Wiener Rathaus ein neuer Geist eingezogen; er hat behutsam in das Netz der grossen Verwaltung eingegriffen und hat mit besonderem Reformeifer seit Februar 1934 bis heute Werke geschaffen, zu denen die Stadt Wien zu beglückwünschen ist.

Nach einem Rückblick auf das Entstehen des österreichischen Staatswesens betonte der Bundesminister die Verantwortlichkeit aller öffentlichen Organe, das Bestehende nicht nur zu erhalten und zu pflegen, sondern auch im Sinne eines gesunden Fortschrittes auszubauen, und gab dem Wunsche Ausdruck, dass es den Stadtverwaltungen vergönnt sein möge, diese doppelte Aufgabe restlos zu erfüllen. (Lebhafter Beifall).

Nun ergriff Bürgermeister Schmid (Graz) das Wort zu seinem grossangelegten Referat über "Die Forderungen der Gemeinden zum bevorstehenden Finanzausgleich". (Das Referat liegt in einem Sonderdruck für die Redaktionen bei).

Sodann begrüßte Bundesminister Dr. Neumayer die Tagung und erklärte, dass bei den bevorstehenden Verhandlungen über den Finanzausgleich die Wünsche des Städtebundes bezüglich der Zusammenarbeit nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. (Lebhafter Beifall).

/ Die Verhandlungen waren fort ./